

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 3. Juni 2020 / Mercredi après-midi, 3 juin 2020

Regierungsrat / Conseil-exécutif

23 2020.GSI.707 Verordnung
Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV) (Stand 23.04.2020). GSI

23 2020.GSI.707 Ordonnance
Ordonnance sur les mesures destinées à maîtriser la crise du coronavirus dans le domaine de l'accueil extrafamilial (OCCVAcc) (état au 23.04.2020). DSSI

1. Lesung / 1^{re} lecture

Gemeinsame Grundsatzdebatte zu allen Verordnungen betreffend die Coronavirus-Krise (Geschäfte 2020.RRGR.125, 2020.STA.533, 2020.GSI.707, 2020.GSI.618, 2020.BKD.2234 und 2020.RRGR.124): siehe Geschäft 2020.RRGR.125, Sitzungen vom Mittwoch, 3. Juni 2020).

Débat de principe commun à toutes les ordonnances relatives à la crise du coronavirus (affaires 2020.RRGR.125, 2020.STA.533, 2020.GSI.707, 2020.GSI.618, 2020.BKD.2234 et 2020.RRGR.124) : voir affaire 2020.RRGR.125, séances du mercredi, 3 juin 2020.)

Detailberatung – Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV)

Délibération par article – Ordonnance sur les mesures destinées à maîtriser la crise du coronavirus dans le domaine de l'accueil extrafamilial (OCCVAcc)

Präsident. Traktandum 23: Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV). Das Wort geht wieder an den FiKo-Präsidenten, Herrn Bichsel.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Kommissionspräsident der FiKo. Mit dieser Verordnung will der Kanton sicherstellen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung sowohl während der Coronavirus-Krise und vor allem auch danach, darüber hinaus, sichergestellt wird. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sollen einerseits damit abgefedert werden, dass der Kanton für eine begrenzte Zeit – nach Abzug des Betreuungsgutscheins, nach Abzug der Subvention gemäss Gebührensystem – die verbleibenden Betreuungskosten für jene Kinder übernimmt, welche die Eltern aufgrund der Coronavirus-Krise von der Betreuung abmelden mussten. Andererseits bezahlt der Kanton einen Betrag an die nicht gedeckten Kosten für Plätze, die nicht mehr bereitgestellt werden konnten, sei dies wegen Krankheit der Betreuungspersonen, sei dies wegen Kurzarbeit und so weiter.

Die geschätzten, sich aus dieser Verordnung für die befristete Gültigkeitsdauer von zwei Monaten ergebenden Kosten sind insgesamt auf 13,4 Mio. Franken veranschlagt. Da es sich bei der familienexternen Kinderbetreuung um eine sogenannte Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden handelt, werden diese Kosten zu je 50 Prozent vom Kanton und der Gesamtheit der Gemeinden gemeinsam getragen.

Ausserdem ist bis heute nicht ganz klar, in welchem Umfang sich der Bund an diesen Kosten beteiligen wird. Es wird mit einem Drittel der Kosten gerechnet, welche vom Bund vergütet werden könnten. Es sind aber noch zahlreiche Modalitäten zwischen den Kantonen und dem Bund offen und müssen geklärt werden. Deshalb kann zurzeit hier keine verbindliche Angabe über die Höhe solcher Bundesmittel gemacht werden. Wenn wir jetzt von einem Drittel der Kosten ausgingen, würden die Nettokosten für den Kanton Bern schliesslich in diesem Bereich 4–5 Mio. Franken betragen, für diese Notverordnung aus Traktandum 23.

Die FiKo empfiehlt Ihnen mit 15 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die integrale Genehmigung dieser Verordnung.

Präsident. Das Wort ist offen für die Fraktion, und es wird gewünscht. Mirjam Veglio für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Ich möchte meine Interessen vorab offenlegen. Ich bin als Geschäftsleiterin eines Vereins für zwei Kitas zuständig, und in diesem Sinn spreche ich eigentlich auch gerade ein wenig für die Branche der familienergänzenden Kinderbetreuung. In dieser Krise hat man gesehen, dass es ohne die Kinderbetreuung nicht geht, weder in der Gesellschaft noch in der Wirtschaft. Es hiess oft: Familienergänzende Kinderbetreuung ist systemrelevant. Dieses Wort gefällt mir eigentlich nicht so, es ist ein wenig abgenutzt. Mir gefällt «unverzichtbar» eigentlich besser. Familienergänzende Kinderbetreuung ist unverzichtbar. Und zu etwas, das diesen Status hat, sollten wir doch Sorge tragen.

Ich danke dem Regierungsrat, dass er erkannt hat, dass man zu den Kitas und zu den Tagesfamilienorganisationen Sorge tragen muss. Er hat dies sehr verantwortungsvoll und vorausschauend gemacht; nicht ganz ohne Druck der SP hat er so gehandelt. Ich habe vorhin Herrn Regierungspräsident Schnegg dafür persönlich auch gedankt.

Die Situation für die Kitas, die Tagesfamilienorganisationen und auch für die Familien war in dieser Krise äusserst schwierig. Man hat eine Notbetreuung aufrechterhalten müssen. Die Eltern sollten aber ihre Kinder möglichst zu Hause betreuen und trotzdem die Kosten weiterbezahlen. Es war eine schwierige Konstellation. Der Bund hat sich lange aus der Verantwortung genommen, obschon die Infrastruktur – gerade von den Kitas – über die letzten Jahre auch mit Bundesgeld mühevoll aufgebaut wurde. Ich danke auch hier dem Regierungsrat, dass er nicht auf den Bund gewartet, sondern gehandelt hat. Die meisten Kitas sind Non-Profit-Organisationen und verfügen nur über wenig Reserven.

Ich habe heute Morgen ein wenig den Kopf geschüttelt über die Aussage von Adrian Haas; ich habe da fundamentale Differenzen. Der Staat hilft ja nicht nur den Kitas, sondern auch ganz vielen KMU. Sie sind in dieser unbestritten sehr schwierigen Situation auf staatliche Unterstützung angewiesen, und ich finde ein Staat-Bashing hier eigentlich nur fehl am Platz.

Ich komme wieder zurück: Die Eltern können inzwischen zum Glück wieder fast alle arbeiten und sind weiterhin auf Kinderbetreuung angewiesen: Gut, gibt es Kitas und Tagesfamilien auch weiterhin. Danke an den Berner Regierungsrat. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmt dieser Notverordnung einstimmig zu.

Präsident. Als nächster Fraktionssprecher für die SVP: Ueli Augstburger. – Pardon, noch kurz: Wenn es noch weitere Fraktionsvoten gibt, bitte jetzt eintragen. Wir haben sonst Einzelsprechende. Bitte, Herr Augstburger.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Bei dieser Verordnung hat die SVP-Fraktion eine etwas gespaltene Haltung. Zwei Drittel stimmen dieser Verordnung zu und circa ein Drittel lehnt sie ab oder enthält sich. Vorweg einige grundsätzliche Bemerkungen: Das Beispiel dieser Verordnung zeigt einmal mehr gut auf, wie anfällig man beim Staat ist, wenn man Unterstützung für Angebote wie beispielsweise die ausserfamiliäre Kinderbetreuung spricht, um in guten Zeiten ein wenig mehr Steuern zu holen. Dort, wo sich der Staat in Aufgaben einmischt, wie eben bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung, die eigentlich Sache der Familie ist, wird er dann später auch in die Verantwortung einbezogen. Mehr Selbstverantwortung, welche die SVP stets fordert, wäre eben eventuell gleichwohl der richtige Weg. Man wollte diese Institutionen und hat sie finanziell unterstützt und gefördert, und jetzt kann man sie nicht einfach fallenlassen. Wir haben dies bereits gehört.

Argumente für eine Unterstützung, hinter denen auch die SVP steht, sind folgende: In diesen schwierigen Zeiten mit Corona galt es, aber es gilt auch heute, Plätze für alle Eltern zu schaffen, die eben in Spitälern und Versorgungsbetrieben arbeiten – Eltern, die zum Teil in dieser Zeit auch bezahlen mussten, wenn ihre Kinder nicht fremdbetreut werden mussten. Hier gibt es sicher auch Härtefälle. Es geht aber auch darum, wie bereits auch gesagt wurde, dass man die mit viel Aufwand geschaffenen Kitaplätze jetzt nicht verliert und danach mit viel Aufwand wieder neue aufbauen muss.

Gründe für eine Ablehnung dieser Notverordnung liegen vor allem darin: Ungleichbehandlung zur übrigen Wirtschaft, die ihre Schwierigkeiten selber lösen muss. Es gibt sehr viele KMU, die ihre Reserven auflösen, die auf der Aufgabenseite den Gürtel enger geschnallt haben. Viele dieser Kitas, die jetzt eben unterstützt werden, sind auch private Unternehmungen. Man hat zum Teil von einer Vollkaskolösung gesprochen. Regierungsrat Ammann hat von einem «Linienjet» gesprochen, und

hier wäre eben wahrscheinlich der «Linienjet» ein wenig der Fall gewesen, den die Regierung zu sprechen bereit war. Zudem gibt es sicher auch viele Eltern, welche die Unterstützung kaum brauchen werden, haben sie doch in dieser Zeit viel weniger Geld für den übrigen Konsum ausgeben können oder wurden sogar vom Staat zur Kinderbetreuung mit vollem Gehalt in den Kurzurlaub geschickt.

Wie ich einleitend gesagt habe, wird eine Zweidrittelmehrheit dieser Verordnung dennoch zustimmen.

Präsident. Als Einzelsprecher Thomas Knutti, SVP.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich bin auch einer derjenigen, die diese Verordnung ablehnen wird und möchte auch kurz kundtun, weshalb ich sie ablehne. Was ich seit Mitte März aus der Bevölkerung gehört habe, hat mich dazu bewegt, dass ich ganz klar sagen muss, dass wir jetzt an einen Punkt gekommen sind, wo es nach meiner Auffassung nicht ganz korrekt ist, dass man für die Kinderbetreuung hier so viel Geld ausgeben will. Ich bin, glaube ich, einer derjenigen, der – wegen meiner beruflichen Tätigkeit – tagtäglich bei KMU-Betrieben ist, sei dies beim Gärtner, beim Maurer, beim Schreiner oder bei wem auch immer, und ich muss Ihnen schon sagen: Die Not bei diesen Leuten, aber auch die Angst bei diesen Leuten ist gross.

Wir haben es heute auch vonseiten Regierungsrat gehört: Es wird in den nächsten Jahren sehr viel auf uns zukommen, und da wird es bei vielen Leuten, gerade bei KMU-Betrieben, nicht verstanden, dass man jetzt hier suggeriert und das Gefühl hat, die sogenannte Kinderbetreuung sei dann dermassen gefährdet. Ich bin der Meinung, es wäre nicht der Untergang, wenn man dieses Geld hier nicht zur Verfügung stellen würde. Die sogenannten Kitas würden auch nach wie vor überleben. Und für mich natürlich ein ganz wichtiger Punkt, der mir sehr fragwürdig erscheint: Genau jene, die dann ihre Kinder selber betreuen, gehen ganz klar leer aus. Es ist nicht korrekt, was wir hier tun. Deshalb bitte ich Sie, diese Verordnung hier abzulehnen.

Präsident. Am Rednerpult Nummer 2 als Einzelsprecherin Meret Schindler, SP.

Meret Schindler, Bern (SP). Lieber Thomas Knutti, die Eltern – ich gehöre auch zu ihnen – sind eben schon auch betroffen. Es gibt nämlich solche Eltern, die einerseits ihre Kinderbetreuung hätten bezahlen müssen und gleichzeitig aber den finanziellen Ausfall gehabt hätten, wenn jetzt die Regierung nicht eingesprungen wäre oder jetzt nachträglich der Bund noch etwas gesprochen hätte.

Also: Bei mir sind das 750 Franken im Monat, die ich nun für diese Tage zurückerhalte, in denen ich meine Kinder selber zu Hause betreut habe. Vielen Dank. Das ist nicht wenig Geld. Also, ich glaube auch, dass SVP-Wählerinnen und -Wähler dies nicht wenig Geld finden – in der Regel. Ich weiss, dass es auch Wohlhabende gibt, die SVP wählen. Das gibt es auch bei der SP. Für diese sind dann halt die Kitaplätze zum Teil noch teurer, wenn man sich einen solchen leisten kann.

Deshalb: Mit einer solchen Verordnung ist der Kanton Bern wirklich als Vorreiterkanton eingesprungen. Es ist eine vernünftige Regelung, wenn man nämlich den Platz für jene Kinder freigibt, die betreut werden müssen. Dies, weil ihre Eltern in den systemrelevanten Berufen arbeiten gehen mussten und eben nicht zu Hause bleiben konnten. Damit unterstützt man dort die Solidarität, für welche die Eltern Hand geboten haben, und wenn dies eben die Eltern nicht selber tun konnten, dann unterstützt man halt die Kitas. Ich bitte Sie natürlich, dieser Verordnung zuzustimmen.

Präsident. Wir haben keine weiteren Sprecherinnen und Sprecher mehr. Das Wort wünscht der Regierungspräsident, hier in der Mitte, Pierre Alain Schnegg. Vous avez la parole.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. J'aimerais juste revenir sur deux points. Le tout premier concerne le soutien de la Confédération : après une première analyse des mesures prises par la Confédération, ces mesures ne sont, de loin, pas satisfaisantes. Elles pourraient au contraire alourdir la facture du canton de Berne plutôt que l'alléger. Et nous sommes actuellement en train d'étudier les possibilités que nous pourrions mettre en œuvre. Le deuxième point, et je l'ai déjà communiqué à la députée Veglio : ma Direction a commencé les travaux bien avant l'activisme déployé par le Parti socialiste (PS). Je ne peux que regretter, je dirais, la tentative de récupération politique d'une crise aussi grave.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum 23: Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Kann man die Artikel 1–15 zusammennehmen? Möchte jemand eine einzelne Abstimmung über einen Artikel, oder können wir einfach die Gesamtabstimmung durchführen? Ist dies in Ordnung? – Ich sehe keinen Widerspruch. Wir machen direkt eine Schlussabstimmung.

Art. 1–15

Angenommen / Adopté-e-s

Präsident. Wer die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung annimmt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Schlussabstimmung (2020.GSI.707; CKKBV; 1. und einzige Lesung)

Vote final (2020.GSI.707 ; OCCVAcc ; 1^{re} et unique lecture)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 131

Nein / Non 16

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben diese Verordnung angenommen, mit 131 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. – Noch einmal: Die Technik hat mich vorhin darauf aufmerksam gemacht, dass das System manchmal bei einigen ein wenig instabil ist. Warten Sie wirklich, bis Sie den Gong gehört haben. Dann drücken Sie, und dann sehen Sie auf dem Display 1, 2, oder 3.

(Grossrat Thomas Gerber, teilt dem Präsidenten in einem Zwischenruf mit, dass seine Stimme nicht vom elektronischen Abstimmungssystem übernommen wurde. / Le président est interpellé par M. le député Thomas Gerber qui indique que son vote n'a pas été repris par le système électronique de vote.) Wir haben dort hinten eine Wortmeldung, bitte. Hat das Gerät nicht funktioniert? – Du kannst zuhänden des Tagblatts dein Stimmverhalten melden kommen. Es würde ja die Mehrheitsverhältnisse nicht entscheidend beeinflussen, daher müssen wir nicht die gesamte Abstimmung wiederholen. Ist dies so in Ordnung? – Dies scheint der Fall zu sein. – Nachher bitte wegen des Geräts kurz mit der Technik schauen.